

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/117

25. Juni 1975

Eine Partei ohne Alternativen

Mannheim nur Wahlkampfbeginn der CDU

Seite 1 / 40 Zeilen

Die Konservativen vereiteln die Bündnisse der Zukunft

Warum Mozambique seine Unabhängigkeit ohne Bonn feiert

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 2 und 3 / 77 Zeilen

Freizeit als Politikum

Bundesregierung erarbeitet Zielvorstellungen

Von Max Amling MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit

Seite 4 und 5 / 75 Zeilen

Die 76er Entscheidung fällt im Süden!

Plädoyer für eine Neuordnung der bayerischen SPD

Von Bruno Friedrich MdB

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 6 bis 9 / 153 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckerl

5300 Bonn 12, Heuserfließ 2-10
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 30
Telex: 08 66 846 - 48 ppba d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Eine Partei ohne Alternativen

Mannheim nur Wahlkampfbeginn der CDU

Selten war ein Unions-Parteitag so inhaltsleer und langweilig wie die am Mittwoch zuende gegangene Mannheimer Bundeskonferenz. War in Hamburg noch der Versuch unternommen worden, gesellschaftspolitische Problembereiche aufzuarbeiten, so mußte in Mannheim auf diesem Gebiet Fehlanzeige registriert werden. Für Sacharbeit war auf diesem Parteitag weder das Potential noch die Lust vorhanden. Hier wurden "Fensterreden" gehalten und Töne angeschlagen, die man bisher nur aus Wahlkampfendphasen kannte. Die Delegierten dienten als Kulisse, als Claqueur-Maschine.

In Mannheim ging es nicht um die Entwicklung politischer Alternativen zur Politik der Bundesregierung. Eigene Gedanken wurden nicht entwickelt, ganz zu schweigen von ernst zu nehmenden Programmen. Mannheim hatte einzig und allein die Funktion, die Union gegen das gemeinsame Feindbild SPD und sozial-liberale Regierungskoalition einzuschwören. In diesem Bereich war man sich ohne Wenn und Aber einig: Wenn 1976 ein Regierungswechsel erreicht werden soll, dann sind dafür politische Alternativen und Programme nicht erforderlich, dann kommt es nur darauf an, ein taktisches Konzept zu haben, wie man durch Unterstellungen, Verleumdungen und Verkettungen den Wähler verunsichern und den politischen Gegner treffen könnte.

Ein Ringen um einheitliche Sachaussagen von Gehalt war von den Unions-Strategen erst gar nicht eingeplant gewesen. Man wußte, daß dies bei den inneren Schwierigkeiten der Union von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Also galt es, diese Schwierigkeiten, die Zerriessenheit der Union, die Alternativlosigkeit und die Differenzen in der CDU, aber vor allem auch mit der CSU unter den Teppich zu kehren. Stattdessen mußte eine nicht vorhandene Geschlossenheit demonstrativ zur Schau gestellt werden.

Dies wurde besonders deutlich bei der Bestätigung von Helmut Kohl, als Vorsitzender der CDU. Die Delegierten hatten nicht vergessen, wie Franz Josef Strauß mit Kohl bei dessen Nominierung zum Kanzlerkandidaten umgesprungen war und ihn ausgezählt hatte, noch ehe der Bundestagswahlkampf eingeleitet wurde. Die nahezu einstimmige Wahl von Kohl kann also nicht vorwiegend als überzeugender Vertrauensbeweis gewertet werden, sondern vielmehr als Trotzreaktion auf die kleine "Stiefschwesterpartei" CSU.

Wenngleich Strauß in Mannheim zur Geschlossenheit beider C-Parteien aufgefordert und auch versichert hat, er werde den Kanzlerkandidaten Kohl unterstützen, so war doch die Drohung aus Bayern unüberhörbar: Sollte Kohl nicht nach der CSU-Pfeife tanzen, dann wird ihn das gleiche Schicksal wie seinen Vorgänger Barzel ereilen. So wurde in Mannheim trotz aller Anstrengungen, die wahre Situation der Union zu verschleiern, auch für den Letzten, der es immer noch nicht wahrhaben wollte, deutlich: Wer CDU und Kohl sagt, meint die Politik der CSU und ihres Vorsitzenden Franz Josef Strauß.

Gode Japs
(-/25.6.1975/ks/pr)

+ + +

Die Konservativen vereiteln die Bündnisse der Zukunft

Warum Mozambique seine Unabhängigkeit ohne Bonn feiert

Von Dr. Lue Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf den ersten Blick ist alles in Ordnung: Wenn Mozambique nach blutigem Freiheitskampf unabhängig wird, weht über dem Jubel der Massen in Lourenco Marques eine deutsche Fahne, erklingt eine deutsche Hymne, wird ein deutscher Botschafter Grüße und Glückwünsche des deutschen Volkes überbringen. Die große Entfernung zwischen Bonn und der Hauptstadt des jüngsten afrikanischen Staates mag verhindern, daß viele die Einzelheiten dieser Siegesfeier genauer erkennen, denn die deutsche Fahne trägt Hammer und Zirkel, der deutsche Botschafter wird auf säkular gratulieren und den Übrigen Göttern wird er einen neuen Alleinvertretungsanspruch erläutern: "Für sozialistische Experimente in der Dritten Welt ist die DDR zuständig!".

Wer die deutsche Afrika-Politik der letzten Jahre verfolgt hat, weiß, daß dieser Satz nicht in der DDR erfunden wurde. Er stammt vom entwicklungs-politischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Jürgen Gerhard Todenhöfer. Mit der ihm eigenen politischen Weitsicht hat dieser sich bereits vor zwei Jahren bei der Suche nach einer griffigen Formel für deutsche Außenpolitik ins Gespräch gebracht. Was früher die Hallstein-Doktrin war, das könnte zukünftig mit umgekehrtem Vorzeichen zur Todenhöfer-Doktrin werden, zur deutschen Selbsterlöschung in der Welt, wenn die außenpolitischen Strategien der Opposition je politische Wirklichkeit werden sollten.

Man mag getrost darüber streiten, ob die Bundesrepublik in allen Winkeln der Welt präsent sein muß. Wir müssen uns dabei nur klar machen, daß die Weltöffentlichkeit Unabhängigkeitsfeiern heute weniger deshalb beobachtet weil endlich die letzten Trümmer des Kolonialismus weggeräumt werden, als vielmehr aus ernster Sorge um die Bewahrung einer weltweiten Friedensordnung, die der Dritten Welt nach der politischen Unabhängigkeit auch eine

faire und gerechte Chance zur wirtschaftlichen Selbstverwirklichung einzuräumen in der Lage ist.

So können die Feiern in Lourenco Marques Signal sein für die Bündnisse der Zukunft: Die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas suchen die Solidarität derjenigen, die ihr Angebot zur Kooperation nicht von der bedingungslosen Verteidigung alter Ordnungsvorstellungen abhängig machen. Sie suchen die Freundschaft derjenigen, für die Freiheit und Gerechtigkeit mehr sind als nur diplomatische Notwendigkeiten. Sie beurteilen ihre Partner danach, ob sie durch eine aktive Politik bewiesen haben, daß sie selbst an einer neuen Friedensordnung mitwirken wollen und auf notwendige Veränderungen auch flexibel reagieren können. Wer dazu nicht fähig ist, wird sich bald in einer Allianz von außenpolitischen Dinosauriern wiederfinden, der die Initiative aus der Hand genommen wird. So gesehen geht von der Ausladung der Bundesrepublik Deutschland zu den Siegesfeiern in Lourenco Marques eine Alarmwirkung aus.

Wie konnte es soweit kommen? Haben SPD und Bundesregierung den Kampf der Frelimo nicht ideell unterstützt, haben wir den Freiheitskämpfern nicht humanitäre Hilfe geleistet? Gewiß, vor zwei Jahren, als sich die politischen Gewichte nach achtjährigem Freiheitskampf endgültig zuungunsten Portugals zu verändern begannen, hat die SPD das Problem beim Namen genannt. Damals schrieb Dr. Erhard Eppler im "Vorwärts": "Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß es einem Land wie Portugal erlaubt sein sollte, die Beziehungen Europas zu Afrika zu vergiften."

Man sollte allerdings den Durchblick afrikanischer Freiheitskämpfer nicht zu gering einschätzen, um zu glauben, daß sie nicht durchschaut hätten, gegen welche Widerstände unsere Politik im eigenen Land durchgesetzt werden mußte. Es ist noch nicht zwei Jahre her, daß sich die CDU/CSU-Opposition geradezu Übermut in Kampagnen gegen die Haltung Wischniewski und Epplers und die "unerträgliche Arroganz gegenüber Portugal". Wenn es damals nach ihrem entwicklungspolitischen Sprecher Todenhöfer gegangen wäre, der sich auf dem Höhepunkt dieser Kampagne von den portugiesischen Militärs in Mozambique einwickeln ließ, dann hätte sich die Bundesregierung noch zu diesem aussichtslosen Zeitpunkt auf die Seite ihres NATO-Partners schlagen müssen und dann hätten wir unser eigenes Vietnam-Erlebnis haben können.

Die Kette außenpolitischer Fehlleistungen der Opposition und einiger ihrer Sprecher ist jedoch inzwischen so lang geworden, daß sich die CDU ernsthaft fragen lassen muß, wie lange sie es noch hinnehmen will, daß sich ihre Sprecher auf Kosten des deutschen Ansehens in der Welt profilieren. Die Vorgänge in Lourenco Marques zeigen, daß unser Ansehen bereits stark gelitten hat.

(-/25.6.1975/ka/pr)

+ + +

Freizeit als Politikum

Bundesregierung erarbeitet Zielvorstellungen

Von Max Amling MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie, Gesundheit

Die Bundesregierung will im Bereich von Freizeit und Tourismus neue politische Akzente setzen. Sie hat die Erarbeitung einer freizeitpolitischen Konzeption angekündigt. Im Jahreswirtschaftsbericht wird die Notwendigkeit präziser Zielvorstellungen für die Entwicklung des Fremdenverkehrs betont.

Die gegenwärtige politische Landschaft ist einer Akzentuierung gerade dieses Aufgabenfeldes wenig förderlich. Und dennoch ist es zu begrüßen, wenn die sozial-liberale Koalition auf diesem bisher wenig strukturierten und insgesamt politisch kaum besetzten Feld konzeptionelle Signale setzt. Denn trotz der derzeitigen gesamtwirtschaftlichen Lage ist damit zu rechnen, daß Freizeit und Tourismus, Ausflugs- und Urlaubsverkehr wesentlich mehr Bedeutung zukommen wird, als ihr momentanes Gewicht vermuten läßt.

Beim innerdeutschen wie beim internationalen Fremdenverkehr überwiegt nach Umfang wie Bedeutung bei weitem der Freizeittourismus. Die Bevölkerung eines hochindustrialisierten Landes wie der Bundesrepublik Deutschland braucht angemessene Freizeit- und Urlaubsmöglichkeiten. Der Aufenthalt an einem Ort, der sich vom gewöhnlichen Wohnort unterscheidet, kann vielfach eine Voraussetzung dafür sein, um die verschiedenen, an den Urlaub geknüpften Erwartungen und Bedürfnisse zu befriedigen.

Sozialdemokratische Ansätze zu einer Neuorientierung gegenüber Freizeit und Tourismus müssen eine insgesamt mehr verbraucherorientierte Sicht in den Mittelpunkt rücken: eine höhere Angebotstransparenz, mehr Information und Aufklärung über verschiedene Freizeit- und Urlaubsformen. Es wäre allerdings unverträglich, wenn gerade Sozialdemokraten das Erlebnis "Freizeit" auf die sog. "schönsten Wochen des Jahres" konzentrieren und damit getreulich dem Muster der touristischen Werbung folgen wollten. Prinzipiell Ähnliches gilt auch für die Naherholung. Freizeit und Urlaub dürfen nicht von vornherein so angegangen werden, daß sie erst nach x-Kilometern Anfahrt auf verstopften Straßen in ebenso überfüllten Gebieten stattfinden.

Der von Gewerkschaften und Sozialdemokraten erkämpfte und von jedem einzelnen Arbeitnehmer hart erarbeitete Urlaub droht in problematische Formen gezwängt zu werden. Was von der Fremdenverkehrswirtschaft unter dem Zwang zu Rentabilität, zur Quantität und Uniformität im In- und Ausland an-

geboten wird, dürfte den Wünschen und Erfordernissen der Mehrzahl der Urlaubsuchenden sehr oft nicht entsprechen. Von freizeit- wie tourismuspolitischen Konzeptionen der Bundesregierung wird man erwarten dürfen, daß sie die bisherige Förderung von Fremdenverkehrsprojekten auch unter diesem Gesichtspunkt überprüft. Der Wunsch nach Beteiligung am Freizeittourismus ist in den letzten Jahren in der Bedürfnisskala auch der bisher in dieser Hinsicht benachteiligten Bevölkerungsgruppen nach vorn gerückt. Deren Möglichkeiten sind jedoch häufig aus ökonomischen, räumlichen oder gesundheitlichen Gründen beschränkt.

Die bisherige Förderungspraxis hat zu einem Überhang der gehobenen Angebote mit entsprechenden Preisen geführt. Dagegen fehlt es an qualitativ wie quantitativ ausreichenden Urlaubsmöglichkeiten für kinderreiche Familien, für Behinderte und ältere Menschen sowie für Einkommensschwache. In der gegebenen gesamtwirtschaftlichen Situation ist die Versuchung groß, die vorhergehenden regional- und strukturpolitischen Zielsetzungen zum Fremdenverkehr um gesamt- und außenwirtschaftliche, währungs- und arbeitsmarktpolitische Gesichtspunkte zu erweitern. Einer darüber hinausgehenden Meinungsbildung unter gleichrangiger Berücksichtigung z.B. verbraucher-, familien-, gesundheits- und freizeitpolitischer Aspekte müssen diese Erweiterungen nicht unbedingt förderlich sein. Genauso verlockend mag es sein, die wachsende Bedeutung der Freizeitindustrie für die Sinnennachfrage zu betonen. Vielleicht findet man damit einen aktuellen und machbaren Einstieg in die Freizeitpolitik.

Ob dies allerdings gerade für Sozialdemokraten der geeignete Einstieg in die Freizeit- und Tourismusproblematik ist, muß bezweifelt werden. In der vom Bundeswirtschaftsministerium jüngst verbreiteten Broschüre "Tourismus als ökonomischer Faktor" heißt es bezeichnenderweise: "Die Relation zwischen Arbeitszeit und Freizeit hat sich grundlegend geändert. Die durchschnittlichen Wochenarbeitsstunden werden von den Freizeitstunden übertroffen. Freizeit in dieser Dimension ist 'Konsumzeit'." Denn je nach Abgrenzungsbasis werden die Freizeitauagaben in den westlichen Industriestaaten auf zehn bis 20 vH des Volkseinkommens veranschlagt.

Die politischen Konsequenzen einer solchen Sichtweise bedürfen besonderer Aufmerksamkeit. Freizeit, Naherholung und Tourismus gewinnen als soziale und ökonomische Faktoren an Bedeutung. Damit ist für die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Chance von mehr Spaß und Vergnügen, Erholung und Entspannung, Kontakt, Geselligkeit und Unterhaltung sowie bürgerlichem und sozialem Engagement verbunden. Für einige bietet dies zugleich die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Existenz. Diese Reihenfolge und Gewichtung müssen die tourismuspolitische Konzeption der Bundesregierung und die Prioritäten der darauf aufbauenden Förderpolitik bestimmen. Neue Politikfelder kann man nur einmal besetzen!

(-/25.6.1975/ks/ee)

+ + +

Die 76er Entscheidung fällt im Süden I

Plädoyer für eine Neuordnung der bayerischen SPD

Von Bruno Friedrich MdB

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken und Mitglied des SPD-Vorstandes

Fällt die Entscheidung der Bundestagswahl 1976 im Süden? Die SPD im Süden der Bundesrepublik kann sich nicht mehr allzulange den politischen und organisatorischen Konsequenzen dieser Frage verschließen. Es bedarf nicht erst ergänzender Meinungsumfragen zur Bestätigung der Binsenwahrheit, daß der hohe Zuwachs der CSU in Bayern auf über 62 vH und die tiefen Einbrüche der SPD in Baden-Württemberg bei den letzten Kommunalwahlen den erneuten Wahlsieg der sozial-liberalen Koalition 1976 gefährden könnten. Wählerbewegungen im Süden vollziehen sich langsam; dies ist als Erkenntnis gesichert. Verluste sind nicht rasch korrigierbar.

In Bayern hat der hohe Wahlsieg der CSU drei Entwicklungen eingeleitet, die über das normale Maß einer Wahlniederlage hinaus tief in das politische Geschehen eingreifen.

1/ Im staatlichen Machtapparat werden die vorhandenen Möglichkeiten des Staates ohne jede Hemmung den parteipolitischen Zwecken der CSU unterworfen. Dies gilt für die Personalpolitik und für die Mißachtung ungeschriebener Gesetze des Parlamentarismus. Daß der für die Radikalenbekämpfung zuständige CSU-Innenminister Bruno Merk begonnen hat, die Abgeordneten nach Direkt- und Listenmandaten zweizuteilen und es dem Großteil der Opposition dadurch unmöglich machen will, die Interessen der Wähler als gleichrangige Abgeordnete zu vertreten, zeigt die Bedenkenlosigkeit der CSU beim Einsatz der Macht. Vorgänge dieser Art findet man nur in Staaten, in denen die Absicht besteht, das parlamentarische System auszuhöhlen. Solange Merk seine Haltung nicht ändert, muß seine Integrität gegenüber dem parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaat bezweifelt werden.

CSU liquidierte Funkfreiheit-Volksbegehren

2/ Der Bayerische Rundfunk und das Bayerische Fernsehen werden Schritt um Schritt, Personalentscheidung um Personalentscheidung zu Regierungs- und Parteiensendern der CSU umgewandelt. Es ist Sache der freien Medien, die Regierenden zu kritisieren und dem Bürger dadurch demokratische Kontrolle zu ermöglichen. Unkritische und CSU-ergebene Journalisten haben die Schlüsselposition des Bayerischen Rundfunks erhalten. Das erfolgreiche bayerische Volksbegehren in Sachen Rundfunkfreiheit wurde auf kaltem Wege liquidiert.

3/ Wer die Rolle der Bayerischen Volkspartei in der Weimarer Republik und ihrer Nachfolgepartei, der Christlich-Sozialen-Union, in der Bundesrepublik prüft, muß die hemmende Wirkung der Konservativen Bayerns auf die deutsche Entwicklung konstatieren. Im preußisch geprägten Kaiserreich stand der Wittelsbacher-Staat für eine gewisse Liberalität. Davon ist bei Bayerns neokonservativer CSU nichts mehr zu spüren. Die härteste Polarisierung der deutschen Politik kommt aus Bayern, usw. mit verhängnisvollen Auswirkungen,

wenn man bedenkt, daß Strauß die Außenpolitik über Jahre hindurch zum Kristallisationspunkt des Parteienstreits erhoben hat, was zu einer Schwächung und damit zur Schädigung deutscher Interessen in der internationalen Politik führen muß. Auch für die hemmungelose Polarisation der deutschen Innenpolitik tragen Strauß und mit ihm die bayerische CSU die Hauptverantwortung.

Schmidt braucht eine starke Bayern-SPD

Wenn die CSU im bayerischen Landtag mehr als doppelt so stark ist wie die SPD, dann wäre es falsch, zu erwarten, daß man eine dauernde Änderung der politischen Situation in Bayern allein durch die Bundestagswahl 1976 mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt herbeiführen kann. Richtig ist vielmehr, daß Helmut Schmidt eine in ihrer Kraft erneuerte SPD Bayerns braucht, um die Regierungsfähigkeit im Bund zu erhalten.

Die Situation der bayerischen SPD ein Jahr vor der Bundestagswahl ist zwiespältig. Die personelle Repräsentanz im Bund ist - nicht nur, weil dort die SPD regiert - stärker als die der CSU, bei der Strauß das Fehlen überzeugender Nachwuchspolitiker gerade noch verdeckt. Bundesjustizminister Dr. Hans-Jochen Vogel, vier Parlamentarische Staatssekretäre (Glotz, Haack, Herold und de Witz) drei Mitglieder des Fraktionsvorstandes (Bayerl, Porzner und Friedrich) und Ludwig Fellermaier als Vorsitzender der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament repräsentieren eine starke achtköpfige Mannschaft in der Bundespolitik. Sechs von ihnen gehören auch dem Präsidium des Landesverbandes der SPD an. Dadurch sind im höchsten Führungsgremium der bayerischen SPD, dem Präsidium, nur noch zwei Landespolitiker als ordentliche Mitglieder vertreten (Rothmund und Kuhbandner). Die Auseinandersetzung mit der CSU in der Landespolitik wird dadurch fast ausschließlich der SPD-Landtagsfraktion aufgebürdet, die nicht nur die Staatsregierung, sondern eine mehr als doppelt so starke CSU-Fraktion zum Gegner hat.

Gemeinsamkeit der reformerischen Mitte

Regional betrachtet hat sich die SPD im Norden bei den Landtagswahlen und bei den Oberbürgermeisterwahlen des Jahres 1974 gehalten. Die Ausgangsposition für ein an die Bundestagswahl 1976 heranreichendes Ergebnis ist in Franken vorhanden. Die tiefen Einbrüche bei den SPD-Wählern im Süden führten zwar zum Stillstand der innerparteilichen Auseinandersetzung, doch fehlt immer noch die Fähigkeit zu politisch-geistiger Offensive gegenüber der CSU, die freilich nur dann möglich ist, wenn über die Ausschöpfung der Parteiflügel hinaus eine neue Gemeinsamkeit der reformerischen Mitte entsteht.

Bis zum Landesparteitag der SPD Anfang September muß deshalb die SPD Bayern auf die Klärung wichtiger innerer Fragen drängen. Das aus dem Gleichgewicht geratene Verhältnis in der Landespolitik muß korrigiert werden. Eine eindeutige, bis zur unnachsichtigen Härte gehende Opposition im Landtag - besonders wenn es um den Bruch parlamentarischer Prinzipien und um die Einschränkung der Medienvielfalt durch die CSU geht - bedarf der Ergänzung auf parteipolitischer Ebene. Deshalb sollten künftig mehr Landespolitiker, nach Möglichkeit auch ein in der Partei profilierter Kommunalpolitiker, dem Landespräsidium angehören. Die Berufung eines landespolitischen Sprechers unter den gewählten Präsidiumsmitgliedern sollte geprüft werden.

Gewichtverlagerung im Landespräsidium

Diese personelle Verlagerung wäre rasch zu erreichen, wenn die Bezirksvorsitzenden, die im Bundestag sind, künftig dem Präsidium mit beratender Stimme angehören würden. Die Verlagerung der Gewichte im Landespräsidium sollte ergänzt werden durch eine stärkere Repräsentanz der Nachwuchspolitiker des Landtages im Landesvorstand. Dies könnte auch der Landesorganisation neue Impulse geben. Hier sollte die SPD besonders die Jugend- und Frauenarbeit beachten. Die Jugendarbeit sollte nicht geprägt werden von der sicher notwendigen, aber als Hauptproblem der Partei nicht mehr vorhandenen Auseinandersetzung mit den Restgruppen jener Jungsozialisten, die es ablehnen, sich in eine SPD des entschiedenen Reformsozialismus zu integrieren. Diese Stamokap-Fraktion wird nie die Chance einer politischen Mehrheit, auch nicht eines politischen Gewichts in der SPD erhalten. Es genügt, sie zu isolieren. Zwischen diesen Randgruppen der Jusos und der weit rechts stehenden Jungen Union der CSU gibt es ein weites Feld jugendlicher Arbeit: Darauf muß sich die SPD konzentrieren. Dies heißt freilich, daß die politische Jugendarbeit nicht nur Sache einer Arbeitsgemeinschaft sein darf: Sie muß ernste Aufgabe der Gesamtpartei sein.

Die letzten Monate haben gezeigt, daß plötzlich und häufig Frauen aus eigenem Antrieb, ohne besonders aufgefordert zu werden, die Mitgliedschaft in der SPD suchen. Dieser interessante Prozeß sollte bewußt gefördert werden.

Nicht nur die ausgeprägte gewerkschaftsfeindliche Haltung der CSU, auch die bevorstehende Auseinandersetzung um die Mitbestimmung im

Bundestag sollten Anlaß sein, vor allem auf örtlicher Ebene die Betriebsarbeit zu stärken.

Anfang der 60er Jahre hat die SPD ihre Position als Partei in Bayern durch eine zur Bevölkerung hin orientierte Kommunalpolitik wesentlich verbessert. Voraussetzung dafür war das enge, einander ergänzende Zusammenwirken von Partei und Kommunalfraktionen, das Ende der 60er Jahre durch die Konfrontationspolitik zwischen Mandatsträgern und Partei abgelöst worden ist. Nur durch das Zusammenwirken von Partei und Fraktionen in der noch immer starken kommunalpolitischen Basis der SPD kann gegenüber der CSU-Landespolitik ein starkes Gegengewicht geschaffen werden. Die SPD Bayern braucht die ganze, keine halbe Aussöhnung. In einem aus dieser Situation heraus sich ergebenden Prozeß der politischen Erneuerung sollte die Aussöhnung auch dort möglich sein, wo innerparteiliche Konflikte tiefe Wunden und Narben hinterlassen haben.

In der Fraktion der Vollmer und Knoeringer

Um ein die Bevölkerung politisch überzeugendes Gegengewicht zur CSU schaffen zu können, bedarf es vor allem einer großen geistig-politischen Anstrengung. Die SPD in Süddeutschland war immer eine Überzeugte Reformpartei. Die Praxis hatte den höheren Rang, degenerierte aber deshalb nicht zu einem kritiklosen Gegenwarts-Fragmatismus. Vollmer und Knoeringer haben einen demokratischen Sozialismus gesucht, der sich nicht in die orthodoxen Schablonen einer Ideologie pressen ließ. Die umfassende Frage, was der demokratische Sozialismus dem einzelnen Menschen bringt, ist bei ihnen unverkennbar. Selbst die in Bayern weit links stehenden Theoretiker, denken wir an Landauer und sein Verhältnis zu Buber, wollten den menschlichen, nicht den machtbesessenen Sozialismus. So war die süddeutsche Sozialdemokratie gegenüber Sozialismus-Modellen immer denn höchst reserviert, wenn sie zu dogmatisch wurden.

Die Notwendigkeit, einen freiheitlichen Sozialismus als glaubwürdige Alternative zu einem rigorosen Kapitalismus und einem inzwischen recht schillernd gewordenen Kommunismus - siehe Italien - ständig neu zu definieren, ist nach wie vor eine der großen Aufgaben der deutschen Sozialdemokratie. Hier muß Bayerns SPD, orientiert an der Tradition der Vollmer und Knoeringer, anknüpfen, hier muß sie ihren Beitrag leisten. Sie muß dazu, um im Lande verwurzelt zu sein, den Anschluß zu Hoegners Ansehen in Bayern und zu Vogels Leistungen als Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München finden; denn Bayerns SPD kann und darf sich mit der gegenwärtigen politischen Machtverteilung im Lande nicht abfinden. Nur unter dieser Voraussetzung wird die Entscheidung im Süden 1976 nicht zum Sieg der Unione-Parteien führen. (-/25.6.1975/ks/bey/pi

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller